

„Berliner Tageblatt“

erschient wochentlich, viermal, Sonntag ein mal. Man abonniert bei allen Buchhandlungen des Deutschen Reichs, Österreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, ...



Abonnements-Preis

für das „Berliner Tageblatt“ u. „Sonder-Beilage“, beide bei Inhalt, ...

Berliner Tageblatt.

Nummer 53. Berlin, Dienstag, den 30. Januar 1906. XXXV. Jahrgang.

König Christian von Dänemark

König Christian IX. von Dänemark, der Nestor der geachteten Häuser unseres Kontinents und der Welt, der Schwiegervater Europas, hat gestern nachmittag, wie wir in der Parlamentärsausgabe bereits mitteilten, einen unerwarteten, sanften Tod gefunden. Noch am Vormittag erteilte er in der Kuppelhalle, die den Greis auszeichnete, die übliche Montagsaudienz; eine plötzliche Mattigkeit nötigte ihn gegen Mittag, der Ruhe zu pflegen, und am frühen Nachmittag war der große Herrscher aus der Reihe der Lebenden geschieden. Ein schöner Tod nach einem trotz mancher schweren Schläge des Lebens rühmlichen und erfolgreichen Leben.

Christian IX. in seiner letzten Lebensjahre. Sonderburg-Schleswig-Holstein, folgte im Alter von 45 Jahren dem letzten Dänenkönig aus dem Hause Holstein - Rosenburg, Friedrich VII., mit dessen Gattin Julie von Hessen-Kassel er seit 1842 verheiratet war. Seine Heirat führte den jungen Prinzen, der als vierter Sohn des Herzogs Friedrich Wilhelm Paul Leopold von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg aus Schloß Gottorp bei Schleswig geboren, aber in Dänemark erzogen wurde und nur während seiner dreijährigen Romer Studienzeit deutsches Wesen näher kennen gelernt hatte, nach Kopenhagen. Er trat in die dänische Armee ein, wo er bald Kommandeur der Gardebatterie wurde. Der Umstand, daß er während des deutsch-dänischen Krieges von 1848 bis 1850 der einzige Prinz des Gesamtstaates Schleswig-Holstein war, der in dänischen Kriegesuniformen blieb, verschaffte ihm die Anwartschaft auf den Thron des südbaherischen Königreichs VII. Die dänische Regierung, der der demokratisch gestimmte heftige Friedrich völlig freie Hand ließ, verschaffte ihm durch das Verbot vom 2. Mai 1852, durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 und durch das darauf folgende dänische Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 die unantastbare Thronfolge in Dänemark. Sein Jahrestag am 18. November 1853, befolgte Christian IX. den Thron Dänemarks.

Der kleine König lebte bis zum 1. Juli 1863, wo nach dem von ihm veranlaßten Vertrag der auswärtigen Politik erteilt. Und so sicher er, wie seine ganze Regierungszeit erweist, in neue Politik zu machen verstand, so wenig zeigte er sich den Aufgaben der auswärtigen Politik gewachsen. Drei Tage nach seiner Thronbesteigung, am 18. November 1853, unterzeichnete er die erste Reichsgesetzgebung, die ihm den Rest des Lebens des Schleswig-Holstein bringen sollte, für dessen Verbleiben bei Dänemark er in deutsch-dänischen Krieg als einziger Prinz aus dem Hause Schleswig-Holstein sich betätigt hatte. Am dritten Tage seines Königstums hatte Christian IX. eine gemeinschaftliche Verfassung für Dänemark und Schleswig unterzeichnet. Man weiß, welche Folgen dieser die Schleswig-Holstein-Politik des Krieges von 1864, der zum Verzicht Christi auf die „zu ewig ungeliebten“ Herzogtümer führte, war die Konsequenz dieser ersten Regierungshandlung des Dänenkönigs.

Die erste Regierungshandlung Christi IX. war zugleich die verhängnisvollste für ihn und sein Land, was die äußere Machtposition Dänemarks anging. Aber sie hatte zugleich wohlthätige Folgen für die innere Entwicklung des arbeitsamen Völkchens. Zunächst kam es zu einer Verjüngung und Verbesserung der Verfassungsverhältnisse; nach langwieriger, aber mit Mühseligkeit geführten Kämpfe wurde der neuen Reichsversammlung überflüssig und unmöglich gewordene Reichsrat aufgelöst. Eine Periode reger Arbeit folgte: das Heer wurde reorganisiert, die Kommunalverwaltung ausgebaut und die Verfassungsmittel erheblich erweitert. Die beiden letzten Jahrzehnte brachten dem Lande eine fast ständige Sozialpolitik, die festlich unter den Gegensätzen zwischen Opposition und Regierung mitunter erhebliche Stimmungen erlitt.

Nach dem Mißerfolge von 1864 hat König Christian sein Land nicht wieder in das Risiko einer aktiven Beteiligung an der internationalen Politik gestürzt. Desto eifriger war er am Werke, die Geschichte der Völker Europas durch dynastische Beziehungen zu beeinflussen selbstverständlich, wie es sich für ihn als Dänenkönig und Haupt des Hauses Schleswig-Holstein genierte — im Interesse Dänemarks und seines Hauses. In diesem Bestreben stand ihm seine 1898 verstorbenen Gemahlin Julie getreulich und willentlich noch erfolgreich als er zur Seite. Als Schwiegereltern Alexander III. und zugleich als Schwiegereltern des Herzogs von Gumbertand und als Eltern des jetzigen Königs von Griechenland verbanden und wußten, der König und die Königin von Dänemark in der europäischen Politik eine Rolle zu spielen, die in ihrer Tragweite in gar keinem Verhältnis zu der internationalen Bedeutung des Landes stand, dessen Thron sie innehatten. Es ist kein Geheimnis, daß sich die politischen Bestrebungen des dänischen Hofes Jahre und Jahrzehnte lang gegen das neue Deutsche Reich und seinen Kaiser richteten. Niemand wird das dem nun verstorbenen Angehörigen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik in seiner Regierungspolitik unverständlich widerfahren, das verbandete er der deutschen Politik Otto v. Bismarck, hinter der der hohenholsteinische Wilhelm stand. Dem Enkel des ersten deutschen Kaisers, des Kaisers, der Schleswig-Holstein dem preussischen Staatsgefolge und damit dem deutschen Vaterlande einver-

leibte, ist es nach langem Schmollen der Verwandten im Schloß Amalienborg gelungen, den alten Groll zu befähigen. Und die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß, nachdem schon Christian IX. in seiner letzten Lebensjahre eine Vermählung des Königs fand, dem er selbst einkaufte, nun auch sein Erb. Friedrich, das rechte, im Interesse beider Völker geübte aufrichtig freundschaftliche Verhältnis zu germanischen Völkern zu erhalten und festigen wird. Der König von Dänemark, der getrennt das Königreich erbt, ist der Vater des eben auf dem norwegischen Thron besetzten Königs Haakon, der den ersten fremden, glücklicherweise seinem Herrscheramt vom deutschen Kaiser empfangt. Norwegen ist, wie ganz Skandinavien, auf die aufrichtige Freundschaft Deutschlands angewiesen; Dänemark ist es, wenn es seine Interessen richtig wahrnehmen will; ebenfalls. Durch die Annahme des norwegischen Thrones ist das Haus Dänemark also doppelt interessiert daran, gute Freundschaft mit Deutschland zu halten, eine Freundschaft, die Deutschland gern erwidern wird. Daß der neue König der Dänen dies Interesse seines Landes recht erkennen möge, zu Ruh und Frommen Dänemarks und Deutschlands, das ist der Wunsch, mit dem unser Regierungsantritt begrüßt.

Kopenhagen, 29. Januar. (W. T. B.) Aus Anlaß des Hinscheidens des Königs ist überall in der Stadt halbtägig gefeiert. Vor dem Zeitungsdruck sind man große Menschenansammlungen vor der Wohnung des Königs zu sehen auf die Trauermarsch hin fort durch den Präfekten ausgehoben. Die Audienz bei dem König hatte sich heute lange Zeit ausgedehnt; es wurden zahlreiche Personen vorgeführt. Nach der Audienz nahm der König das Frühstück ein und ging gegen 3 Uhr zu Bett.

Auf Befehl Kaiser Wilhelms fällt der Fall im künftigen Herbst an 21. d. M. wegen 4. Mißbrauch des Königs von Dänemark aus.

Der Reichstag führt jetzt Tag für Tag den praktischen Beweis, daß es ohne Dänen nicht länger geht. Gestern waren wieder kaum zwei Dänen Abgeordnete zugegen, um die erste Sitzung über die Abänderung des Reichsverfassungsgesetzes dieses Jahres zu halten. Schließlich wurde auch diese Vorlage wieder in eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen, wobei sich das Plenum nicht lange dem Kopf darüber geruch, wobei diese Kommissionmitglieder alle kommen sollen. Das ist wohl schon die zehnte Kommission, die jenseitig konstituiert wurde, ohne daß man sich darüber klar war, wie sie eigentlich zustande kommen soll. Und es dürfte nicht die letzte sein. Auch für die nächsten Sitzungen der Reichstag, der getrennt noch die Reichsversammlung, wurde eine Kommission beauftragt. Wird auch für diesen Fall die Niederlegung einer Kommission beschlossen, dann ist mehr als die Hälfte der Abgeordneten für irgendeine Kommission festgelegt, während kaum der zehnte Teil wirklich präsent ist. Hier können nur Dänen helfen, und zwar Dänen in einer Form, die einen faulsten Zwang auf die Zeitungskommissionen ausübt. Gestern kam die Debatte über das Poststellengesetz noch nicht zu Ende. Soweit die einzelnen Artikel aber bereits Stellung nehmen konnten, wurde dem Entwurf der Regierung seine gute Note ausgehoben. Abgeordneter Giesberts (Zentrum) bemängelte seine Zugabe, wie die Vorlage als ein Zwangsmaß gegen die freien Gewerkschaften zu verstehen. Er erklärte, daß seine Freunde — unter denen man doch wohl die gesamte Zentrumspartei verstehen darf — für die einfache Festlegung der freien Gewerkschaften nicht zu haben seien. Noch schärfer erklärte sich Abgeordneter Vesh (Sozialdemokrat) gegen die Vorlage. Auch Abgeordneter Nigdan (freiwirtschaftliche Volkspartei) ließ seinen Zweifel daran, daß seine Partei in der Ablehnung der Vorlage einzig sei. Graf Waldow schließlich behauptete zwar, daß lediglich ein System gegen die unglücklichen Klassen geschaffen werden soll; er kündigte auch an, daß seine Kommission auf alle Einwendungen eine ausführliche Antwort geben würden, aber die Kommissionen dürften gegenüber der Ablehnung der Sinesen und des Zentrums einen jüngerer Stand haben. Aus der Debatte über die Abänderung des Reichsverfassungsgesetzes dieses Jahres, noch erwidert, daß hauptsächlich die Frage angedeutet wurde, wieviel die Regierungsvorlage von agrarischen Wünschen erfüllt worden sei. Abgeordneter Schaber (freiwirtschaftliche Volkspartei) blieb trotz des Widerspruches des Staatssekretärs Grafen Woldowitsch dabei, daß es sich um ein neues Sondergesetz für die Landwirtschaft handelte. Er empfahl deshalb auch die Ablehnung der Vorlage. Sie kam trotzdem in eine neue Kommission.

In ihren periodisch erscheinenden „Mitteilungen“ gibt die Berliner Handelskammer ein Bild über die wichtigsten Absichten ihrer Wirtschaft. Die sieben erschienenen erste Nummer des neuen Jahrganges ist sehr umfangreich und verbreitet sich über die meisten Gebiete der praktischen Volkswirtschaft, als da sind: innere Handelspolitik, Börsen- und Bankwesen, Zoll- und Steuerwesen, Sozialpolitik,

Verkehrswesen usw. Die beiden Pole, nach denen die Wirtschaftspolitik hinwinkt, einerseits die Festhaltung des Erwerbstätigkeit zugewandenen Gebietes von Florenzen und benutzenden Gülfüssen, andererseits Befestigung von Answänden, die sich gezeigt haben, sind namentlich in der Stellungnahme der Kammer zu Fragen der inneren Handelspolitik und der Sozialpolitik zu erkennen. Die Schwierigkeiten beispielsweise, welche dem Verkeh in Nahrungs- und Genussmitteln, dem Detailgeschäft an Einnahme- und Forderungen, der Industrie bezüglich ihrer überwachungsbedürftigen Anlagen u. s. aus Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung erwachsen, haben zu Eingaben an die entscheidenden Behörden geführt, in denen für eine größere Bewegungsfreiheit plädiert wird; dieser Standpunkt hindert nicht, daß für gewisse Fälle — wir verweisen auf die Behandlung der Frage, ob der Gold-, Silber- und Zinnscheinhandel durch die Reichsaufsicht geschützt werde — einschneidende Normen in der Reichsaufsicht in den letzten zwei Monaten veröffentlicht die Kammer ein Verzeichnis der in den deutschen Schutzgebieten und in Schantung, Kiautschow tätigen Kolonialgesellschaften; das interessante Material ist in dieser Vollständigkeit bisher noch nicht publiziert worden. — Die Nummer 1 der „Mitteilungen“ wird an die Interessenten des Handelskammerbezirks Berlin auf Wunsch kostenlos bezogen.

Des Pudels Kern.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Die Abhebung der Feldzeichenkennerei durch die Zentrumspartei in der bayerischen Abgeordnetenversammlung eregte nicht nur im Reichs-Richter. Es überdachte sich an anderen bayerischen Parteifreien. Nun erklärt man, daß sie selbst der Zentrumspartei etwas Verstoßendes brachte. Der ganze Vorgang erscheint nunmehr nicht so sehr als eine Demonstration gegen die „Verpöpfung“ der bayerischen Armee, als ein Symptom für tiefgehende Konflikte im bayerischen Zentrum.

Ein Duell Heim-Bichler war es im Grunde, bei dem der Reichsminister auf der Strecke blieb. Richter vertritt die jehntlich-konservative Richtung im Ultramontanismus. Unter verwickelten Ähren entwickelt er seine ministeriellen Pläne, und plant er die Durchführung des „konservativen Systems“, wie er das im Augustinismus-Verein bei dem Straßburger Katholikentag tat. Der Entwurf dieser Pläne und ihrer Bewertung im Landtage sollte er unter jehntlich-Schwärzen entgegen, um dann mit aller Heftigkeit, nämlich über den Sachverhalt seine Tätigkeit fortzuführen, als wäre nichts geschehen.

Anders Heim. Offen kündigte er in den ersten Kammer-Sitzungen dem Wahlminister V. Feilich die Hebe und die Demütigung an. Das alles mit aufrichtiger Würde. Er ist der Vertreter einer christlichen Demokratie, die orthodoxe Protestanten nicht ausschließen würde. Dazu ist er vor allem gewohnt, nämlich Schwärzen entgegen, um dann mit aller Heftigkeit, nämlich über den Sachverhalt seine Tätigkeit fortzuführen, als wäre nichts geschehen.

So wenig Heim in die jehntlich-Schwärzen Bichlers paßt, so wenig eignet er sich auch für das Pläne, das sich um die Zentrumspartei V. Hettling, Dreier und andere aristokratische Naturen lagert. Hier sind seit Jahren schon Spannungen vorhanden. Der erste Zusammenprall erfolgte, als die auf Grund heutiger demagogischer Wahlweise in der Kammer erschienene ultramontane Mehrheit mit Bichlerscher Diplomatenkunst ihren Frieden mit dem Gesamtministerium machte und die Opposition in aller Form zu begraben beschloß. Daraufhin legte Heim, der sich als jehntlich-Schwärzer bereits öffentlich angefangen hatte, sein Verbot über das Ministerium des Inneren nieder. Er soll es innerbar bei der Fraktion in einer wenig parlamentarischen Form getan haben.

Über der Zweikampf Bichler-Heim ging im geheimen fort und führte zur Anbahnung einer Lösung des niederbayerischen Bichlerschen Bauernvereins von der Feindlichen Zentrale. In dieser Kampfesituation erfuhr Heim die Bichlersche Empfehlung der Feldzeichenkennerei im Finanzansatz. In dem konjunkturalen Bauerndemokrat erwarde der Bau aber diesen neuen diplomatischen Schwanz Bichlers, der noch mehr als Heim wider Preußen heimlich weiterr, aber in der Zeit der Toleranzanträge es mit Preußen nicht verderben will. Und so fuhr er im Plenum los, nicht gegen Preußen, sondern gegen Richter. Und der Sturm gelang. Fast die ganze Partei, alle Parteien beugen sich vor dem Temperamenten Heims. Endlich war, wie wir damals schon meinten, der Standpunkt Heims völlig verloren. Er rechnete eben nicht mit Beweisen, sondern mit unbestimmten Redungen.

Wald darauf erließ Richter in seinem Organ eine öffentliche scharfe Warnung an Heim. Es kam zu heftiger Zeitungsfehde mit Klagedrohung. Es kam zur Lösung des Bichlerschen Vereins von dem heimischen Bauernbund. Das Ende war eben voranzuführen. Die Fraktion, die nichts mehr zu fürchten hat als eine Spaltung und die Gründung einer